



Deutscher Verband für Wohnungswesen,
Städtebau und Raumordnung e.V.

Europäische Strukturfonds: Mehr Geld denn je für Stadtentwicklung

Zum Jahreswechsel 2015 hat die Europäische Kommission nahezu alle Programme der Bundesländer zum Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) genehmigt. 1,5 Milliarden Euro stehen in den nächsten sieben Jahren für die Stadtentwicklung zur Verfügung.

www.deutscher-verband.org

Der Startschuss für die Förderung integrierter Stadtentwicklungsprojekte durch die Europäischen Strukturfonds ist gefallen. Zum Jahreswechsel 2015 hat die Europäische Kommission nahezu alle Programme der Bundesländer zum Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) genehmigt. Damit ist der operative Grundstein gelegt, um nachhaltige Stadtentwicklungsprojekte umzusetzen. Interessierte sollten spätestens jetzt beginnen, Förderanträge auf den Weg zu bringen. Immerhin stehen deutschlandweit in den nächsten sieben Jahren 1,5 Milliarden Euro an EU-Förderung zur Verfügung – also jährlich mehr als 200 Millionen, die in Ergänzung zur Städtebauförderung eingesetzt werden können. Obwohl das gesamte EFRE-Volumen für Deutschland im Vergleich zur letzten Förderperiode 2007 bis 2013 um ein Drittel gesunken ist, sind die Stadtentwicklungsmittel deutlich gestiegen: von 1,2 auf 1,5 Milliarden Euro. Bei genauerem Hinsehen ergibt sich jedoch ein vielschichtiges Bild. Während einige Bundesländer wie Hamburg oder Rheinland-Pfalz keine oder nur wenig Mittel für Stadtentwicklungsprojekte zur Verfügung stellen werden, sehen Länder wie Berlin oder Nordrhein-Westfalen knapp 20 Prozent des Budgets für diesen Bereich vor.

BREITE PALETTE AN UNTERSCHIEDLICHEN THEMEN Die ausgelaufene Förderperiode bot eine breite thematische Palette an unterschiedlichen Handlungsfeldern. So fanden sich beispielsweise Projekte zu Stadterneuerung und Stadtumbau, Erhaltung und Nutzung von Kulturerbe, wirtschaftlicher und sozialer Infrastruktur oder Quartiersmanagement und Bürgerbeteiligung. Jedoch unterschieden sich die Ansätze in den einzelnen Bundesländern: Sie reichten von der Förderung integrierter Ansätze zur Wiederbelebung ganzer Stadtviertel bis hin zu kleinteiligen Projekten. Diese Ansätze finden sich auch in der neuen Förderperiode wieder, sind jedoch thematisch wesentlich konzentrierter. Zukünftig werden verstärkt Projekte förderfähig sein, die sich dem Klimaschutz in städtischen Gebieten widmen. Zudem bietet die neue Förderperiode neue räumliche Entwicklungsansätze. So besteht die Möglichkeit, interkommunale Kooperationsprojekte zwischen Stadt und Umland durchzuführen.

AUCH INVESTITIONEN IN SOZIALE MASSNAHMEN Um den Wirkungsgrad von Projekten der integrierten Stadtentwicklung zu erhöhen, sind nicht nur Investitionen in Beton, sondern auch soziale Maßnahmen notwendig. Dieser Aspekt wird mit der Fortführung des Programmes BIWAQ (Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier) aus dem ESF-Bundesprogramm erfüllt. Darin werden Fördermittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) für Projekte bereitgestellt, die sich in den Gebieten der Sozialen Stadt mit Armutsbekämpfung, sozialer Integration oder Stärkung von lokaler Wirtschaft beschäftigen.

Mittel für den Wohnungsbau sind von der EFRE-Förderung in Deutschland nach wie vor weitgehend ausgeschlossen. Obwohl die EU-Regularien einzelne Maßnahmen für Energieeffizienzmaßnahmen zulassen, bleibt dies in Deutschland in der Regel auf öffentliche Gebäude beschränkt. Die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft kann aber indirekt vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) profitieren, da die Verbesserung des städtischen Umfelds in manchen Programmen förderfähig ist. Der Deutsche Verband hat gemeinsam mit der BTU Cottbus die Programme aus der alten und neuen Förderperiode analysiert und einen Leitfaden für die neue Förderperiode erarbeitet. Die Studie und der Projektleitfaden werden in Kürze erscheinen. «



Christian Huttenloher ist Generalsekretär des Deutschen Verbands für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V. in Berlin.

Christian Huttenloher, Berlin